



# **Niederschrift**

## **Bildungsausschuss**

20. Wahlperiode – 32. Sitzung

am Donnerstag, dem 11. Juli 2024, 13 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Martin Habersaat (SPD), Vorsitzender

Martin Balasus (CDU)

Anette Röttger (CDU)

Sönke Siebke (CDU), in Vertretung von Peer Knöfler

Wiebke Zweig (CDU)

Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uta Röpcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sophia Schiebe (SPD), in Vertretung von Birgit Herdejürgen

Christopher Vogt (FDP)

Lars Harms (SSW), in Vertretung von Jette Waldinger-Thiering

### **Weitere Abgeordnete**

Jasper Balke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nelly Waldeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Fehlende Abgeordnete**

Patrick Pender (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Fachgespräch zum Thema „Psychische Belastungen und Krankheiten von Schülerinnen und Schülern“</b>	<b>5</b>
<b>2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Hochschulen und das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein</b>	<b>13</b>
Gesetzentwurf der Fraktion des SSW Drucksache 20/1526	
<b>3. Entwurf eines Gesetzes über die staatliche Anerkennung akademischer Sozialberufe</b>	<b>14</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/1864	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 20/3421	
Änderungsantrag der SPD Umdruck 20/3441	
<b>4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes</b>	<b>16</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/1965	
Vorlage der Fraktion der SPD Umdruck 20/3035	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 20/3109	
Änderungsantrag der Fraktion der SPD Umdruck 20/3425	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 20/3430	
<b>5. DaZ braucht gute Konzepte statt schwarz-grüner Einsparungen</b>	<b>18</b>
Antrag der Fraktionen von SPD und SSW Drucksache 20/1777 (neu)	
<b>6. Inklusion an Schulen – Bericht in der 20. Legislaturperiode</b>	<b>19</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 20/1754	

<b>7.</b>	<b>Schriftlicher Bericht über die Schwimmfähigkeit der Schülerinnen und Schüler in der 6. Klassenstufe</b>	<b>21</b>
	Bericht der Landesregierung Drucksache 20/2097	
<b>8.</b>	<b>Werkstatttage landesweit zur Verbesserung der Berufsorientierung nutzen</b>	<b>22</b>
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/2143	
	<b>Berufsfelderprobung stärken</b>	<b>22</b>
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/2266	
<b>9.</b>	<b>Duales Lehramtsstudium in Schleswig-Holstein ermöglichen</b>	<b>23</b>
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/2210	
	<b>Lehrkräftestudium weiterentwickeln und eine bessere Verzahnung von Studium und Vorbereitungsdienst ermöglichen</b>	<b>23</b>
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/2264	
<b>10.</b>	<b>Bericht der Landesregierung über die Vorfälle am Schulzentrum in Bargteheide und an der Emil-Possehl-Schule in Lübeck</b>	<b>24</b>
	Berichts Antrag des Abgeordneten Christopher Vogt (FDP) Umdruck 20/3415	
<b>11.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>25</b>

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, eröffnet die Sitzung um 13:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt mit der Maßgabe, dass Tagesordnungspunkt 5 auf die nächste Sitzung vertagt wird.

**1. Fachgespräch zum Thema  
„Psychische Belastungen und Krankheiten von Schülerinnen  
und Schülern“**

hierzu: [Umdrucke 20/2989](#), [20/3248](#), [20/3376](#), [20/3389](#) (neu),  
[20/3390](#), [20/3402](#), [20/3410](#), [20/3437](#), [20/3442](#),  
[20/3473](#)

**Landeschüler:innenvertretung der Gymnasien**

[Umdruck 20/2989](#)

Herr Ewert, stellvertretender Landeschüler:innensprecher, trägt die Stellungnahme der Landeschüler:innenvertretung der Gymnasien, [Umdruck 20/2989](#), vor.

**Landeschüler\*innenvertretung der Gemeinschaftsschulen**

[Umdruck 20/3442](#)

Frau Vogt, stellvertretende Landeschüler\*innensprecherin für Projektkoordination, trägt die Stellungnahme der Landeschüler\*innenvertretung der Gemeinschaftsschulen, [Umdruck 20/3442](#), vor.

**Landeschüler\*innenvertretung der Berufsschulen**

[Umdruck 20/3390](#)

Frau Groth, stellvertretende Landeschülersprecherin der Landeschüler\*innenvertretung der Berufsschulen, trägt deren Stellungnahme, [Umdruck 20/3390](#), vor.

## **Landeselternbeirat der Gymnasien**

[Umdruck 20/3437](#)

Frau Pick, Vorsitzende des Landeselternbeirats der Gymnasien, trägt die Stellungnahme, [Umdruck 20/3437](#), vor.

## **Landeselternbeirat der berufsbildenden Schulen**

Herr Schröter, Delegierter des Landeselternbeirats der berufsbildenden Schulen, berichtet, Druck, Angst und Überforderung bestimmten für viele Schülerinnen, Schüler, Eltern und Lehrkräfte den Alltag. Die Schülerinnen und Schüler bräuchten mehr Unterstützung. Er regt an, eine Pädagogenstunde einzuführen, in der altersgerecht über persönliche Herausforderungen gesprochen und Druck abgebaut werden könne. Die Inhalte der einzelnen Unterrichtsfächer sollten entschlackt und die basalen Kompetenzen gefördert werden. Kunst, Musik und Sport sollten mehr Berücksichtigung finden, weil diese Fächer zu einem geistigen Ausgleich führen könnten. Die Fortbildungsangebote des IQSH sollten von Lehrkräften stärker in Anspruch genommen werden. Das Thema psychische Gesundheit sollte unter Mitwirkung der Betroffenen regelmäßig auf der Tagesordnung stehen. Die Eltern erwarteten, dass die Lernbedingungen für ihre Kinder geeignet seien, denn Bildung funktioniere am besten, wenn keine Ängste vorhanden seien.

## **Landesarbeitskreis Schulsozialarbeit**

[Umdruck 20/3402](#)

Frau Käbel, Vorstandsmitglied, nimmt für den Landesarbeitskreis Schulsozialarbeit Stellung (siehe Präsentation Anlage 1 und [Umdruck 20/3402](#)).

## **Verband Schleswig-Holsteinischer Schulpsychologen**

[Umdruck 20/3473](#)

Herr Lorenzen-Lemke, Vorsitzender des Verbands Schleswig-Holsteinischer Schulpsychologen, nimmt schriftlich Stellung ([Umdruck 20/3473](#)).

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet Herr Eichhorn, Landesschüler:innensprecher der Gymnasien, jedes Unterrichtsfach habe seine Berechtigung. Es gehe darum, sich die Stofffülle des einzelnen Faches kritisch anzugucken, sich auf die wesentlichen Inhalte zu konzentrieren und die Kernkompetenzen des Faches zu erlernen.

Frau Groth sieht Möglichkeiten, das Thema psychische Gesundheit insbesondere in den Wahlpflichtfächern auszubauen. Sie wünscht sich mehr Ruheräume (Safe Spaces), ein erreichbares und ansprechbares Hilfesystem, eine Stärkung der Schülervertretung, eine Anpassung der Lernbedingungen, die Achtung der Gesundheitsressourcen (genügend Schlaf), eine gesunde Ernährung, mehr Bewegung (statt Sitzen), Kommunikation und Transparenz über Rechte, Pflichten, Aufgaben und Möglichkeiten.

Frau Pick legt Wert darauf, dass Eltern aktiv eingebunden würden, zum Beispiel durch verbindliche, jährliche Entwicklungsgespräche. Der regelmäßige Austausch zwischen Eltern und Lehrkräften sollte gewährleistet sein, die Lehrkräfte müssten erreichbar sein. Onlinesprechstunden und das digitale Klassenbuch beförderten Kommunikation und Information. Schule müsse Raum und Zeit für pädagogische Arbeit und Gespräche bieten (Klassenleiterstunde, Klassenrat) und alles dafür tun, dass man sich in der Schule wohlfühle und als Teil der Schulgemeinschaft fühle.

Herr Schröter hält es für selbstverständlich, Eltern in die Pflicht zu nehmen. Die Schule sollte offensiv Gespräche mit Eltern führen. Medien könnten das Thema psychische Gesundheit stärker aufgreifen und konstruktiv darüber berichten. Entscheidend sei, dass alle Kinder im schulischen Alltag mitgenommen würden. In schwierigen Situationen sollten Pädagogen und weitere Fachkräfte Unterstützung leisten. Man sollte sich trauen, neue Schulmodelle auszuprobieren, zum Beispiel Schule mit Gleitzeit.

Frau Käbel macht noch einmal darauf aufmerksam, dass man es mit Multiproblemlagen zu tun habe und deshalb komplexe Antworten brauche. Die Lehrkräfte müssten über Beratungskompetenz verfügen beziehungsweise darin geschult werden.

Herr Grapatin, Vorstandsmitglied des Landesarbeitskreises Schulsozialarbeit, weist darauf hin, dass die Schulsozialarbeit für Prävention in Klassen bedauerlicherweise nicht ausreichend Zeit habe. Das Kennen und Erkennen verschiedener Krankheitsbilder und der Umgang damit gehörten unbedingt in die Lehrkräfteausbildung.

Auf weitere Fragen aus dem Ausschuss macht er noch einmal darauf aufmerksam, dass die akute Intervention und Hilfestellung einen Großteil der Schulsozialarbeit ausmache, sodass Präventionsmaßnahmen häufig hinten runterfielen. Eine sofortige und dauerhafte Einweisung psychisch auffälliger Kinder in Schleswig oder ins ZIP finde häufig nur statt, wenn eine akute Suizidgefährdung bestehe.

Frau Käbel betont die Notwendigkeit, die bestehenden Ressourcen, Kooperationen und Hilfsangebote zu erhalten und auszubauen. Um auf einen akuten Fall mit Prävention zu reagieren, bräuchte man fachliche Expertise. Die Umsetzung des Projekts „Verrückt? Na und!“ erfordere einen Kooperationspartner. Die Lehrkräfteausbildung müsste angepasst und der Sozialraum mehr an Schule herangeholt werden. Aufgabe der Schulsozialarbeit sei Case Management und dafür zu sorgen, dass der Jugendliche Kontakt zur Schule behalte. Der Datenschutz setze dem Austausch von Informationen, die dringend erforderlich seien, massive Grenzen.

Herr Schröter äußert, um auch in schwierigen Fällen die Kommunikation zwischen Eltern und Lehrkräften zu ermöglichen, sei man teilweise auf Unterstützung von Fachkräften von außen angewiesen.

Frau Groth wünscht sich, dass Schülerinnen und Schüler besser informiert und offensiver angesprochen würden. Themen wie Stressbewältigung, gesunde Ernährung oder Bewegung könnten und sollten in den bestehenden Fächern behandelt werden.

Herr Ewert setzt sich dafür ein, Zeitpläne zu entzerren (insbesondere während der Klausurenphase), Tagespläne zu reduzieren (in der Oberstufe) und Unterrichtsinhalte zu entschlacken. Schülerinnen und Schüler sollten maximal eine 38-Stunden-Woche haben (inklusive Hausaufgaben). Die Kommunikation sollte allgemein verbessert und auf Schülerinnen und Schüler nach einer Krankheit besondere Rücksicht genommen werden. Mit dem Projekt „Verrückt? Na und!“ gebe es gute Erfahrungen. Das Informationsportal Lernnetz müsse aktualisiert werden; Hilfsangebote für Schülerinnen und Schüler sollten dort und auf den Schulwebseiten transparent, aktuell und leicht erreichbar dargestellt werden.

Herr Eichhorn wünscht sich ein klares Bekenntnis von offizieller Seite, dass die mentale Gesundheit von Schülerinnen und Schülern ein wichtiges Thema sei, das nicht tabuisiert werden dürfe, sondern dem ausreichend Raum und Zeit gegeben werden müsse. Ein kranker Schüler könne kein guter Schüler sein.



## **Dr. Manuel Munz**

Chefarzt an der Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie  
und Psychosomatik des Kindes- und Jugendalters,  
Zentrum für Integrative Psychiatrie ZIP gGmbH

Herr Dr. Munz plädiert dafür, Krise nicht in erster Linie als Bedrohung, sondern als Chance zu begreifen, Zutrauen in das eigene Gefühl zu haben und deutlich vor der Schulzeit mit Prävention zu beginnen, um die Resilienz zu stärken. Unter Hinweis auf die Stellungnahmen von Frau Dr. Zimmermann, [Umdruck 20/3410](#), und Herrn Dr. Schmitz, [Umdruck 20/3376](#), führt er aus, die Hälfte aller psychischen Erkrankungen, die sich über längere Zeit erstreckten, begannen vor dem 14. Lebensjahr.

Die Coronapandemie habe keine wesentlich neuen Erkenntnisse in Bezug auf die Ätiologie erbracht. Sozial benachteiligte Familien, bildungsferne Familien, beengte Lebensverhältnisse, psychische Erkrankungen bei mindestens einem Elternteil seien Risikofaktoren. Kurz nach der Coronapandemie sei man von einer Prävalenz von knapp 25 Prozent psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen ausgegangen, die Quote bewege sich wieder Richtung 21 Prozent. Bei den Belastungen, die Kinder und Jugendliche selbst angäben, spielten auch die aktuellen Krisen wie Krieg oder Klimaschutz eine große Rolle. Es gebe Lernrückstände und eine Schwächung der Resilienzfähigkeit.

Schule sei nicht nur ein Schutzraum, sondern auch eine „Challenge“. Für viele Jugendliche mit einer Angstneigung hätten die Lockdowns eine fehlende Challenge bedeutet, an der man wachsen könne, sodass die Resilienzfähigkeit relativ niedrig gewesen sei, als der Präsenzbetrieb wieder gestartet sei.

Die Aussagekraft von Befragungsbögen der Lehrkräfte sei deutlich höher als die der Eltern. Schulen spielten eine Schlüsselrolle für Früherkennung, Prävention und Resilienzförderung. Die vorhandenen Präventionsprogramme und deren Erkenntnisse sollten angewendet werden. Das ZIP habe ein Programm zur Förderung von Stressresilienz und Emotionsregulation mit Drittklässlern durchgeführt und Lehrkräfte und Schulsozialarbeitende geschult. Nach acht Terminen habe man signifikante Verbesserungen des psychischen Befindens bei Jugendlichen erreichen können, die bereits vorher belastet gewesen seien. Jugendliche, die vorher

nicht stark belastet gewesen seien, hätten von dem Programm kaum profitiert. Daraus leite er die Forderung ab, diejenigen Kinder und Jugendlichen, die Unterstützung bräuchten, speziell zu fördern. Er schlägt vor, in Schuleingangsuntersuchungen die psychische Gesundheit zu berücksichtigen.

Der SDQ-Fragebogen habe eine hohe Sensitivität und Spezifität bei der Frage, welche Kinder von einem Präventionsprogramm profitierten. Lehrkräfte, die das Programm durchgeführt hätten, seien im Anschluss psychisch stärker belastet als vorher. Das interpretiere man so, dass das System Schule „maximal gespannt“ sei und zusätzliche Anforderungen weitere Belastungen erzeugten.

Frau Dr. Zimmermann trete für eine systematische Berücksichtigung des Themas psychische Gesundheit von Schülerinnen und Schülern in der Lehrkräftebildung ein (Basiswissen, Lehrkräfte als Role-Models hinsichtlich emotionaler Selbstregulation und sozialer Kompetenz). Selbstverständlich seien Unterrichtsqualität und Klassengröße Stellschrauben, um Gesundheit zu fördern. Die Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams und die Koordination der verschiedenen Beteiligten (Familie, Schule, Jugendhilfe, weitere Akteure) seien essenziell.

Auf einen Schulpsychologen kämen derzeit rund 5.500 Schülerinnen und Schüler. Diese Relation müsse verbessert werden. An der Hans-Christian-Andersen-Grundschule und Fröbel-Grundschule in Kiel-Gaarden werde in den ersten beiden Schuljahren jeweils eine Erzieherin/Heilerzieherin zusätzlich zur Lehrkraft im Unterricht eingesetzt, mit dem Effekt, dass die Kinder, die zu 43 Prozent aus muttersprachlich nicht deutschen Familien stammten, im Vergleich zu den Grundschulkindern der anderen Kieler Schulen in allen Fächern eine um einen Punkt bessere Note erzielten. Konfliktfähigkeit, Konfliktregulation, Ruhe in der Klasse, Wohlbefinden der Kinder, das Gefühl, abgeholt zu werden, seien das Ergebnis des Projekts.

### **Dr. Martin Jung**

Chefarzt der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie  
Helios Klinikum Schleswig

Herr Dr. Jung macht darauf aufmerksam, dass die meisten Schulkinder psychisch nicht belastet oder krank seien. Risikofaktoren seien gestresste Eltern und hoher Medienkonsum. Es sei erschütternd, wenn Kinder unmittelbar nach der Einschulung mit expansiven Verhaltens- und Lernproblemen in die Klinik kämen. Das liege auch daran, dass Rückstellungen nicht mehr so

leicht möglich seien wie früher und viele verschiedene Kinder ohne spezielle Förderung in einer Klasse unterrichtet würden. Außerdem seien Jugendliche unter Druck, die den Wechsel zur weiterführenden Schule nicht gut hinbekämen (Mobbing, Zukunftsangst). Er habe den Eindruck, dass die große Bandbreite von unterschiedlich schulreifen Kindern in den ersten Klassen Lehrkräften wenig Orientierung biete, wen sie fördern sollten. Er plädiert dafür, alle Kraft in die Eingangsklassen zu stecken und dort von Beginn an eine hohe Förderung und Differenzierung vorzunehmen.

Es gebe an den Schulen mittlerweile eine Fülle an Professionen, die nach seinem Eindruck schlecht koordiniert seien.

Ansprechpartner und Verantwortliche seien die Eltern, Reden über psychische Krankheit sei Privatsache (zum Beispiel Mobbing). Entscheidend sei, das Schulklima so zu gestalten, dass Resilienz gefördert, Leistung abgefordert und Strategien entwickelt würden, zu lernen, mit Schwierigkeiten oder Scheitern umzugehen, Schule auch als Ort anzunehmen, an dem es Schwierigkeiten und Niederlagen gebe. Dazu bedürfe es kompetenter Vorbilder und Ansprechpartner, zu denen man gern gehe.

Schwierigkeiten in der Schule seien keine Funktion von Schülerinnen und Schülern, sondern eine Funktion der Schule. Es gehe um die Frage, wie man den Schulalltag gestalte, wie man erkenne, wem es nicht gut gehe, und dass man darauf eingehe und ein Schulklima schaffe, in dem Kinder trotz Schwierigkeiten zurechtkämen. Das sei in erster Linie Aufgabe der Eltern und natürlich auch der Lehrkräfte. In europäischen Nachbarstaaten gebe es deutlich weniger psychiatrische Betten und weniger Psychotherapeuten; die Kommunen fingen Schwierigkeiten auf. Deutschland sei ein extrem gut ausgestattetes Land.

**Dr. Manfred Böge**

Leiter des IQSH-Zentrums für Prävention

[Umdruck 20/3389](#) (neu)

Herr Dr. Böge trägt seine Stellungnahme, [Umdruck 20/3389](#) (neu), vor.

Auf Fragen aus dem Ausschuss bestätigt Herr Dr. Munz, dass die Wartezeiten für eine psychische Behandlung im Land sehr unterschiedlich seien. Er weist noch einmal darauf hin, dass

Lehrkräfte mit ihrem Gefühl häufig richtiglägen und ihrer Beobachtung trauen sollten. Der Einsatz moderner Medien spiele natürlich eine wichtige Rolle; statt lebens- oder stimmungsverbessernder Stand-alone-Apps sollte man Blended-Care-Modelle entwickeln, die eine Interaktion mit Therapeuten oder Ärzten ermöglichen. Entscheidend sei, Sprachbildung und soziale Kompetenz vor dem sechsten Lebensjahr zu verankern.

Herr Dr. Jung äußert, eine breite Information und Entstigmatisierung (von Depression oder Schizophrenie) seien förderlich. Mobbing, Perspektivlosigkeit, Einschulung und Schulwechsel seien zentrale Herausforderungen. Entscheidend sei, der „German Angst“ entgegenzuwirken, als Schule und Gesellschaft ein positives Zukunftsbild zu entwickeln und mithilfe von Fächern wie Musik und Sport die Gesundheit und Lebensqualität zu erhöhen. Es sei keine Lösung, Kinder und Jugendliche mit expansiven Verhaltensproblemen von der Schule zu beurlauben.

**2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Hochschulen und das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktion des SSW

[Drucksache 20/1526](#)

(überwiesen am 22. November 2023 an den **Bildungsausschuss** und Europaausschuss)

hierzu: [Umdrucke 20/2420](#), [20/2424](#), [20/2486](#), [20/2493](#), [20/2516](#),  
[20/2522](#), [20/2530](#), [20/2531](#)

Abgeordneter Harms begründet den Gesetzesvorstoß mit der Verfassungsbestimmung zugunsten der Minderheiten (Artikel 6 der Landesverfassung).

Bildungsministerin Prien weist darauf hin, dass es gelungen sei, die vakante Professur an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel zu besetzen.

Mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD und SSW empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf [Drucksache 20/1526](#) abzulehnen.

### 3. Entwurf eines Gesetzes über die staatliche Anerkennung akademischer Sozialberufe

Gesetzentwurf der Landesregierung  
[Drucksache 20/1864](#)

(überwiesen am 23. Februar 2024)

hierzu: [Umdrucke 20/2919](#), [20/2929](#), [20/3008](#), [20/3112](#), [20/3125](#),  
[20/3127](#), [20/3128](#), [20/3130](#), [20/3147](#), [20/3152](#),  
[20/3154](#), [20/3157](#), [20/3159](#), [20/3160](#), [20/3163](#),  
[20/3164](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN  
[Umdruck 20/3421](#)

Änderungsantrag der SPD  
[Umdruck 20/3441](#)

Abgeordnete Waldeck bringt den Änderungsantrag der Koalition, [Umdruck 20/3421](#), ein.

Abgeordnete Schiebe setzt sich dafür ein ([Umdruck 20/3441](#)), die Durchführung der Weiterbildung aufgrund des Fachkräftemangels auch Berufsgruppen mit entsprechender Berufserfahrung, aber ohne sozialpädagogisches Studium zu ermöglichen (§ 9 Absatz 4), was für kleine Träger wichtig sein könnte.

Abgeordnete Waldeck sieht keinen Bedarf für eine solche „Aufweichung“, zumal nach der Ergänzung in Absatz 1 auch Ausbildungsstätten desselben Trägers als eine Ausbildungsstätte gälten. Anleitungstandems seien weiter möglich.

Abgeordneter Harms problematisiert die Formulierung in § 12 Absatz 1 Satz 3 („Zur Sicherstellung des Erwerbs von sozialadministrativen Kompetenzen und von Fertigkeiten der öffentlichen Sozialverwaltung **können** davon mindestens 160 Stunden als Einsatz in einer Behörde erfolgen.“), die missverständlich sein könnte. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels sei es kontraproduktiv, dass Schleswig-Holstein für die staatliche Anerkennung höhere Anforderungen stelle als andere Bundesländer.

Abgeordnete Waldeck weist darauf hin, dass es in Schleswig-Holstein die Möglichkeit der einphasigen und der zweiphasigen Ausbildung gebe.

Mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD, FDP und SSW wird der SPD-Änderungsantrag abgelehnt. Der Änderungsantrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird einstimmig angenommen. Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP bei Enthaltung des SSW empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf [Drucksache 20/1864](#) in geänderter Fassung anzunehmen.

Die Landtagsverwaltung wird ermächtigt, etwaige redaktionelle Änderungen vorzunehmen.

#### 4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 20/1965](#)

(überwiesen am 21. März 2024)

Vorlage der Fraktion der SPD

[Umdruck 20/3035](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Umdruck 20/3109](#)

hierzu: [Umdrucke 20/3035](#), [20/3109](#), [20/3183](#), [20/3230](#), [20/3271](#),  
[20/3272](#), [20/3273](#), [20/3274](#), [20/3275](#), [20/3276](#),  
[20/3277](#), [20/3278](#), [20/3281](#), [20/3293](#), [20/3294](#),  
[20/3295](#), [20/3298](#), [20/3299](#), [20/3300](#), [20/3301](#),  
[20/3302](#), [20/3303](#), [20/3304](#), [20/3305](#), [20/3306](#),  
[20/3307](#), [20/3314](#), [20/3315](#), [20/3324](#); [20/3439](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 20/3425](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Umdruck 20/3430](#)

Abgeordneter Balasus bringt den neuen Änderungsantrag der Koalition, [Umdruck 20/3430](#) ein, der den ursprünglichen Änderungsantrag [Umdruck 20/3109](#) ersetzt. Auf Fragen des Abgeordneten Habersaat erwidert er, man halte es nicht für erforderlich, die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen explizit ins Schulgesetz aufzunehmen, weil sie vor dem Jahr 2030 geändert würden und in der schulischen Praxis ohnehin eine große Rolle spielten (Fachanforderungen, Landesstrategie Bildung für Nachhaltige Entwicklung). Die schulgesetzliche Formulierung „Offenheit junger Menschen gegenüber menschlicher Vielfalt“ habe keine Auswirkung auf den Gendererlass. 80 Prozent der Deutschen lehnten Gendern ab, und man sollte sich an die Empfehlungen des Rats für deutsche Rechtschreibung halten. Es habe in der Vergangenheit mehrfach ideologisch geprägte Versuche gegeben, an der Sprache dogmatisch herumzuschrauben, und die seien alle gescheitert.

Abgeordneter Vogt begrüßt, dass die Koalition beim Punkt Schulleiterwahlausschuss „zur Vernunft gekommen“ sei.



Abgeordneter Harms bedauert, dass die Frage der Schülerkostensätze für die Schulen in freier Trägerschaft nicht aufgenommen worden sei. Die finanzielle Gleichstellung der Schulen in freier Trägerschaft und der dänischen Schulen müsse man im Auge behalten.

Ministerin Prien teilt mit, dass die Beratungen mit den Schulen in freier Trägerschaft noch nicht abgeschlossen seien. Es sei nicht ausgeschlossen, dass das Schulgesetz in dieser Legislaturperiode noch einmal geändert werde.

Abgeordneter Krüger sagt zu, das Anliegen des SSW im Blick zu behalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätten sich vorstellen können, BNE im Schulgesetz zu verankern. Die unterschiedlichen Positionen zum Thema Gendern, das die Regierung in einem Erlass regeln, seien bekannt.

Abgeordneter Habersaat hält es für nicht logisch, eine Reihe von gesellschaftlich bedeutsamen Zielen ins Schulgesetz aufzunehmen, aber auf die Aufnahme von BNE zu verzichten.

Ministerin Prien stellt klar, dass § 4 des Schulgesetzes eine Formulierung zur Nachhaltigkeit enthalte und die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen Gegenstand von Fachanforderungen und Leitfäden und wichtiger Bestandteil des Unterrichts seien. Dass die Ziele für nachhaltige Entwicklung, die es nicht nur von den Vereinten Nationen, sondern auch von der Europäischen Union gebe, nicht als übergeordnetes Ziel in das Schulgesetz aufgenommen würden, habe rechtssystematische Gründe; in der Sache gebe es wenig Unterschiede.

Mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD und SSW bei Enthaltung der FDP wird der Änderungsantrag der SPD, [Umdruck 20/3425](#), abgelehnt (bis auf die Ergänzung zum Thema „Cannabis“, die einstimmig angenommen wird). Der Änderungsantrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, [Umdruck 20/3430](#), der [Umdruck 20/3109](#) ersetzt, wird bei Enthaltung der SPD mit den Stimmen aller anderen Fraktionen angenommen. Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW bei Enthaltung der SPD empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf [Drucksache 20/1965](#) in geänderter Fassung anzunehmen.

**5. DaZ braucht gute Konzepte statt schwarz-grüner Einsparungen**

Antrag der Fraktionen von SPD und SSW

[Drucksache 20/1777](#) (neu)

(überwiesen am 24. Januar 2024)

hierzu: [Umdrucke 20/2882](#), [20/3007](#), [20/3051](#), [20/3057](#), [20/3088](#),  
[20/3105](#), [20/3122](#), [20/3123](#), [20/3124](#), [20/3126](#),  
[20/3134](#), [20/3135](#), [20/3142](#), [20/3146](#), [20/3153](#),  
[20/3155](#), [20/3156](#), [20/3158](#), [20/3161](#), [20/3162](#),  
[20/3166](#), [20/3167](#), [20/3168](#), [20/3169](#), [20/3170](#),  
[20/3224](#)

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf Wunsch der Koalition auf die nächste Sitzung vertagt.

## 6. Inklusion an Schulen – Bericht in der 20. Legislaturperiode

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 20/1754](#)

(überwiesen am 23. Januar 2024)

Ministerin Prien führt aus, nach dem konstruktiven Dialog im Staatenprüfungsverfahren für Deutschland Ende August 2023 vor dem UN-Fachausschuss in Genf seien am 3. Oktober 2023 die „Abschließenden Bemerkungen“ zu Deutschland veröffentlicht worden. Diese enthielten neben zahlreichen Empfehlungen auch Forderungen, wie Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention in den nächsten Jahren umsetzen sollte.

Es sei bemerkenswert, dass sich der Fachausschuss angesichts des weiteren Bestehens von Förderzentren über die Umsetzung eines inklusiven Bildungssystems besorgt gezeigt habe. Während des konstruktiven Dialogs im Staatenprüfungsverfahrens in Genf sei jedoch dargestellt worden, dass in Deutschland und Schleswig-Holstein auch die Förderzentren einen entscheidenden Beitrag für ein inklusives Schulsystem leisteten. Denn die Förderzentren hätten mehrheitlich die Aufgabe, obwohl sie selbst keine Schülerinnen und Schüler hätten, die Inklusion in den Regelschulen zu unterstützen. Darüber hinaus sei in der Verordnung des Landes Schleswig-Holstein über sonderpädagogische Förderung (SoFVO) verankert, dass das Vorliegen eines sonderpädagogischen Förderbedarfs jährlich neu zu prüfen sei.

Die Betrachtung und der Vergleich der Inklusionsquote sagten derzeit viel zu wenig darüber aus, wie inklusiv ein Bildungssystem sei. Im gemeinsamen Gutachten zum Wissenschaftlichen Prüfauftrag zur steigenden Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung in Nordrhein-Westfalen würden insgesamt acht Empfehlungen für Nordrhein-Westfalen ausgesprochen, an erster Stelle eine möglichst präzise Definition für Bedarfe an sonderpädagogischer Unterstützung. Neben der Diagnostik stelle man den Ausbau der Prävention ins Zentrum der qualitativen Weiterentwicklung. Die präventionsorientierte Ressourcensteuerung habe man bereits auf den Weg gebracht.

Um die Inklusion inhaltlich voranzubringen, entwickle man Standards für die Feststellungsdiagnostik; das sogenannte „STaFF-Projekt“ werde man im kommenden Schuljahr ausrollen. Damit vereinheitliche Schleswig-Holstein als erstes Bundesland die sonderpädagogische Feststellungsdiagnostik. Diese Standards gäben auch Hinweise auf die notwendigen präventiven pädagogischen und sonderpädagogischen Angebote und auf frühzeitige universelle

Screenings. Das verzahne man mit dem Handlungsplan Basale Kompetenzen. Schleswig-Holstein unterscheide streng zwischen pädagogischem und sonderpädagogischem Förderbedarf.

Die Ministerin hält eine verlässliche Unterstützung der Grundschulen für wichtig, um die verschiedenen Aufgabenstellungen leisten zu können (PerspektivSchul-Programm und Sozialindex). Die schulgesetzlichen Änderungen in Bezug auf die Elternmitarbeit würden jetzt umgesetzt.

Mit Blick auf die Landtagsdebatte bekräftigt die Ministerin die Absicht der Landesregierung, die 70 noch ausstehenden Sonderpädagogikstellen mit dem nächsten Haushaltsentwurf auf den Weg zu bringen.

Abgeordneter Krüger betont die Bedeutung von Koordinationsstellen für pädagogische und schulorganisatorische Aufgaben mit dem Schwerpunkt Inklusion ([Drucksache 20/1882](#)) und erkundigt sich nach dem Stand der Etablierung von Campusklassen an allgemeinbildenden Schulen ([Drucksache 20/256](#)).

Ministerin Prien kündigt an, zu den Campusklassen in den nächsten Wochen einen entsprechenden Konzeptentwurf vorzulegen. – Auf Fragen des Vorsitzenden antwortet sie, die Besetzung von Koordinatorenstellen mit Sonderpädagogen sei möglich. Ihr mache der Anstieg der Zahl von Kindern mit dem Förderbedarf Geistige Entwicklung große Sorgen. Sobald Zahlen zur Inklusions- beziehungsweise Exklusionsquote vorlägen, werde der Bildungsausschuss sie erhalten. 420 Sonderpädagogikstellen seien besetzt, die 70 noch fehlenden sollten mit dem nächsten Haushalt besetzt werden. Bei der Schulbegleitung stehe nicht der Ausbau im Fokus, sondern eine Umstrukturierung und Optimierung des Ressourceneinsatzes werde angestrebt. An einer Reform der Besoldungsstruktur von Schulleitungen von Förderzentren arbeite man.

Der Bildungsausschuss empfiehlt dem Landtag, den Bericht [Drucksache 20/1754](#) zur Kenntnis zu nehmen.

**7. Schriftlicher Bericht über die Schwimmfähigkeit der Schülerinnen und Schüler in der 6. Klassenstufe**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 20/2097](#)

(überwiesen am 23. Mai 2024 zur abschließenden Beratung)

Abgeordneter Vogt schlägt vor, eine schriftliche Anhörung durchzuführen, weil es nach wie vor Defizite bei der Schwimmfähigkeit von Kindern und Jugendlichen gebe.

Vertreter der Koalition machen darauf aufmerksam, dass sich der Landtag mehrfach und intensiv mit dem Thema Schwimmen befasst habe.

Nach kurzer Diskussion nimmt der Ausschuss den Bericht [Drucksache 20/2097](#) abschließend zur Kenntnis.

**8. Werkstatttage landesweit zur Verbesserung der Berufsorientierung nutzen**

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/2143](#)

**Berufsfelderprobung stärken**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/2266](#)

(überwiesen am 20. Juni 2024)

Einstimmig beschließt der Bildungsausschuss, zum FDP-Antrag, [Drucksache 20/2143](#), folgende Institutionen anzuhören: Landeselternbeirat, Landesschülervertretung und Schulleitungsverband der berufsbildenden Schulen, RBZ-Verband, VLBS, GEW, UV Nord, IHK, Handwerkskammer, DGB.

Ebenfalls einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Koalition, [Drucksache 20/2266](#), anzunehmen.

**9. Duales Lehramtsstudium in Schleswig-Holstein ermöglichen**

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/2210](#)

**Lehrkräftestudium weiterentwickeln und eine bessere Verzahnung von Studium und Vorbereitungsdienst ermöglichen**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/2264](#)

(überwiesen am 20. Juni 2024)

Der Bildungsausschuss beschließt, schriftliche Stellungnahmen einzuholen.

**10. Bericht der Landesregierung über die Vorfälle am Schulzentrum in Bargteheide und an der Emil-Possehl-Schule in Lübeck**

Berichts Antrag des Abgeordneten Christopher Vogt (FDP)

[Umdruck 20/3415](#)

Ministerin Prien teilt mit, bei dem einen Fall habe eine Person am 25. Juni 2024 unberechtigt Amokalarm ausgelöst, in dem anderen Fall handele es sich um einen technischen Fehler. Beide Fälle stünden in keinerlei Zusammenhang, hätten aber nachvollziehbarerweise vor Ort zu Verunsicherung und teilweise psychischen Belastungen geführt. Der Notfallwegweiser, der sehr gut funktioniert habe, werde derzeit unter Einbeziehung von Experten überarbeitet; man wolle unmittelbar nach Beginn des neuen Schuljahres zu Ergebnissen kommen.

Der Bildungsausschuss setzt die Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt in vertraulicher Sitzung fort.

(Unterbrechung 16:45 bis 16:55 Uhr)



## **11. Verschiedenes**

- a) Der Vorsitzende bittet das Bildungsministerium, den Bildungsausschuss über die Verteilung der Mittel nach dem Startchancenprogramm zu unterrichten.
  
- b) Die nächste Ausschusssitzung findet am 5. September 2024 statt.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, schließt die Sitzung um 17 Uhr.

gez. Martin Habersaat  
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer